

Sichere Renten als Stresstest für Wirtschaft und Gesellschaft

Die Überalterung nimmt zu, die Zahl der Rentenbezüger steigt rasch: Nötige Reformen müssen daher rechtzeitig eingeleitet werden, damit Vorsorge- und Rentensysteme finanzierbar bleiben. Und: Ohne Zuwanderung wäre die AHV schon lange in den roten Zahlen. Das sind zwei von vielen Erkenntnissen des internationalen Europa Forums Luzern. **René Pfister**

«Wie sicher sind unsere Renten?» lautete der Titel des Europa Forums im Mai, das sich den Schwerpunktthemen Demografie und Altersvorsorge widmete. Die Frage ist berechtigt, zumal die Fakten, die am Forum präsentiert wurden, klar sind: Bereits heute ist die Zahl der Leute, die ins Erwerbsleben einsteigen, auch in der Schweiz kleiner als die Zahl der Neo-Pensionäre. Die Zahl der über 65-Jährigen nimmt erheblich zu – in der Schweiz bis 2030 um rund ein Viertel. Parallel sinkt die Beschäftigungsquote. Zudem treten junge Leute später ins Berufsleben ein, während der Anteil der älteren Beschäftigten (zwischen 50 und 65) im Vergleich zu jüngeren Beschäftigten zunimmt.

Die demografischen Verschiebungen und die Veränderungen bei der Erwerbsquote haben massive Konsequenzen für die Finanzierung der Altersvorsorge. Aber nicht nur das: Ebenso gravierend sind die Folgen für den Arbeitsmarkt, der tendenziell Personal «verliert» und bereits jetzt in vielen Sektoren mit Rekrutierungsproblemen zu kämpfen hat – trotz nach wie vor bestehender Arbeitslosigkeit und erhöhter Zuwanderung. Dies wiederum hat Folgen für die Bildungs- und Migrationspolitik.

«Sichere Renten gibt es nicht»

Was aber tun? Das Rentenalter erhöhen? Leistungen abbauen? Rentensysteme umbauen? Aber wie? Und wer bezahlt am Schluss die Zeche? Solche Fragen debattierten am Forum hochkarätige Experten, darunter Bert Rürup, ehemals Vorsitzender des deutschen Sachverständigenrats und Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik. Er stellte klar, dass es angesichts wirtschaftlicher



Die demografische Entwicklung hat Auswirkungen für die Altersvorsorge und den Arbeitsmarkt.

und konjunktureller Risiken ohnehin «keine sicheren Renten» gebe. Es könne deshalb nur darum gehen, diese sicherer zu machen – und dafür sei die Schweiz mit ihrem Vorsorgesystem (AHV und 2. Säule) gut aufgestellt. Entscheidend für die Entwicklung der Rentensicherheit sei eine prosperierende Wirtschaft.

Hans Groth vom World Demographic & Ageing Forum WDA St. Gallen betonte die entscheidende Rolle der Bevölkerungsentwicklung: «Der demografische Wandel ist neben dem Umgang mit natürlichen Ressourcen in den kommenden 20 bis 30 Jahren mit Abstand die bedeutendste Herausforderung für die Schweiz, für Europa und letztlich für die ganze Welt», sagte Groth.

Die Sozialkosten werden – so Groth – massiv steigen. Es sei deshalb nötig, die Gesundheits- und Rentensysteme dem Stresstest der Nachhaltigkeit zu unterziehen. Und: «Wir müssen künftige Versprechen auch mit den gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Realitäten ins Gleichgewicht bringen. Themen wie flexible und längere Arbeitsmodelle, Migration von Fachkräften, der Generationenvertrag und Produktivitätssteigerung durch konsequente Aus- und Weiterbildungen müssen unvoreingenommen und breit diskutiert werden.»

Yves Rossier, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, griff die jüngste Prognose des Bundesrats auf, wonach die AHV derzeit finanziell soli-

der ist als vorher angenommen. Das sei aber kein Grund für Entwarnung, machte er klar, weil sich das Problem drohender Defizite lediglich zeitlich verschiebe: «Wir müssen den steigenden AHV-Ausgaben ab 2020 begegnen können und das zunehmende Defizit der AHV danach sukzessive auffangen», sagte Rossier mit Verweis auf die neusten Projektionen des Bundes.

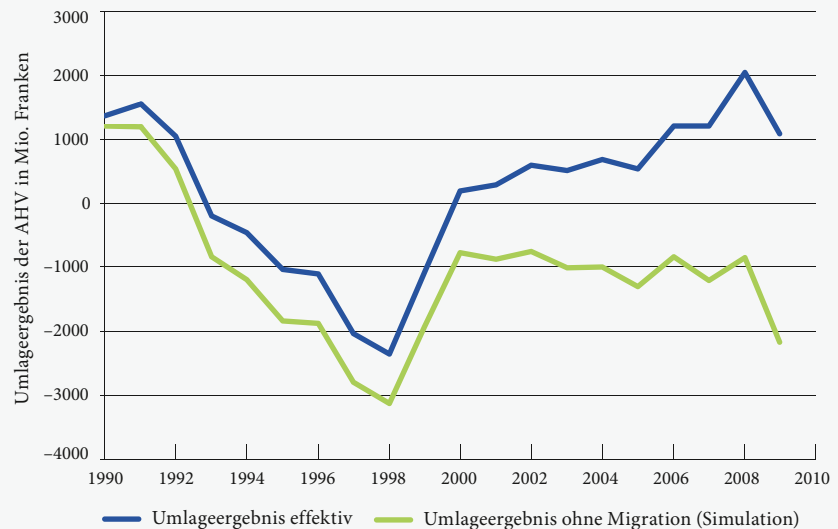
Der BSV-Direktor betonte auch den positiven Effekt der Zuwanderung: «Zugezogene Arbeitskräfte aus dem Ausland leisten einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand der Schweiz und zum finanziellen Gleichgewicht unserer Sozialwerke». Ohne die Beiträge der Immigranten wäre die AHV-Rechnung bereits seit den 1990-er Jahren defizitär (siehe Grafik). Als mögliche Handlungsspielräume für einen sozialen Ausgleich des Rentensystems nannte Rossier eine automatische Anpassung der Renten an den Stand des AHV-Kapitalkontos oder die Berücksichtigung der Beitragsjahre inklusive Erziehungsbonus.

Mögliche Lösungsansätze

Für Georg Fischer, Direktor für Sozialschutz und soziale Integration bei der Europäischen Kommission, haben die jüngsten Krisen die Auswirkungen der demografischen Alterung noch verstärkt. Die Rückschläge beim Wachstum, auf den Finanzmärkten oder bei den Staatsfinanzen machten eine Anpassung der Pensions- und Rentenpraxis noch dringlicher, sagte er. Und: «Die meisten Rentenreformen in Europa werden gemäss OECD trotz einer Erhöhung des Rentenalters zu einer niedrigeren Rente führen.» Die EU habe drei Botschaften: «Wir müssen länger und mehr arbeiten. Das Rentenalter muss an die demografische Realität angepasst werden, und es sollte mit der steigenden Lebenserwartung verknüpft werden.» Die EU fordert die Bürgerinnen und Bürger laut Fischer zudem auf, mehr für ihre private Vorsorge zu tun. Wichtig für das Vertrauen in die Systeme sei auch, dass jedes Land mit den Sozialpartnern tragfähige und transparente Lösungen finde.

Dass solche Lösungen in der Praxis möglich sind, zeigte Geschäftsleiter Christoph Ryter am Beispiel der Migros-Pensionskasse auf. Diese hat, um

Die Zuwanderung hilft der AHV



Quelle: BSV

das finanzielle Gleichgewicht zu halten, Anpassungen beim Vorsorgereglement per 2012 vollzogen, die moderate Leistungsanpassungen mit mehr Flexibilität für die Rentenbezüger verbindet und ohne Erhöhung der Beiträge auskommt. Ryter attestierte, dass die Migros-Pensionskasse dabei auf einem vergleichsweise komfortablen Leistungsniveau operieren könne. Entscheidend sei bei solchen Reformen, dass sie frühzeitig eingeleitet und evolutionär (und nicht revolutionär) gestaltet würden.

Debatte auf dem Podium

An der Podiumsdiskussion wurde u. a. über den Sinn eines höheren Rentenalters und die Notwendigkeit von flexibleren Arbeits- und Rücktrittsmodellen debattiert. Martin Flügel, Präsident von Travail Suisse, ortete dabei einen Widerspruch zur Realität: Schon heute scheide ein Drittel der Beschäftigten früher als mit 63 Jahren aus dem Erwerbsleben aus, und Leute über 55 seien in der Wirtschaft oft nicht mehr erwünscht, argumentierte er.

Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, betonte, es sei ein Fehler, am Pensionsalter 65 festzuhalten. Gefragt sei ein «Referenz-Rentenalter, das man nach oben schieben könne». Der Trend zu absehbaren Defiziten bei der AHV sei klar, zumal alle Prognosen und Annahmen

(etwa bei der Zuwanderung) unsicher seien. Man müsse die gute Ausgangslage nutzen und nötige Korrekturen rasch einleiten, forderte Daum, der ans Scheitern der letzten AHV-Revision und den Fakt erinnerte, dass solche Revisionen mindestens zehn Jahre dauern.

Fixierung aufs Alter und Blockaden beenden

Pointiert für ein flexibleres Rücktrittsalter setzte sich Sandro Meyer, Leiter Corporate Life & Pensions von Zürich Leben Schweiz, ein. «Wer will und sich wohl fühlt, soll auch bis 70 oder 75 arbeiten können», meinte Meyer. Man müsse weg von der Fixierung auf Zahlen und Alter. Sinnvoller sei es, älteren Mitarbeitenden attraktive Jobs anzubieten und ihnen wieder mehr Wertschätzung zukommen zu lassen.

Für Reformen plädierte auch Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann. An der öffentlichen Veranstaltung am Abend warb er u. a. für die langfristige Sicherung der AHV-Finanzierung. Zu diskutieren seien etwa die Flexibilisierung des Rentenalters und die Gleichbehandlung der Frauen, meinte der Wirtschaftsminister. Die seit zehn Jahren bestehende Blockade müsse überwunden werden. Wenn die Schweiz die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen und die Vorsorge rechtzeitig fit für die Zukunft mache, werde sie auch 2030 gut dastehen. ■